

CN 03.09.2009

Cuxport: Keine Atomtransporte über den Cuxhavener Hafen

Bürgerinitiative freut sich über den schnellen Erfolg / OB Stabbert: Kommune war vorher nicht informiert

Von Thomas Sassen

Mit Applaus nahmen die Mitglieder der Bürgerinitiative die Nachricht auf, dass der private Hafentreiber Cuxport es gegenüber dem Kunden abgelehnt hat, die Abwicklung der Atomtransporte über den Cuxhavener Hafen zu übernehmen.

Die Kopie eines entsprechenden Schreibens habe er vom Cuxport-Geschäftsführer am Montag erhalten, sagte Oberbürgermeister Arno Stabbert (CDU) während einer Veranstaltung der Cuxhavener Bürgerinitiative gegen Atomtransporte am Dienstagsabend in der Gnadenkirche in Süderwisch.

Im Mittelpunkt des Informationsabends stand ein Vortrag von Diplom-Physiker Wolfgang Neumann zu Verfahren und Gefahren von Atomtransporten. Neumann erstellte für die intac GmbH in Hannover Gutachten und Konzepte unter anderem zu Lagerung und Transport radioaktiver Abfälle. Der Fachmann stellte in sehr sachlicher Form die geplanten Transporte von Mischoxid-Brennelementen von der britischen Aufarbeitungsanlage Sellafield ins deutsche Kernkraftwerk Grohnde in einen Gesamtzusammenhang mit der kerntechnischen Energiegewinnung und deren besonderen Sicherheitsaspekten.

Erfolg für die Bürgerinitiative

Wie berichtet, hat der Betreiber des Kraftwerks Grohnde beim Bundesamt für Strahlenschutz einen Antrag auf Transport von wiederaufbereiteten Mischoxid (MOX)-Brennstäben gestellt. Über welchen deutschen Hafen der



Die Transporte von wiederaufbereiteten Brennstäben aus dem englischen Sellafield sollen nach dem Willen von Cuxport nicht über den Cuxhaven Hafen laufen. Foto: Sassen

diesen Herbst geplante Transport erfolgen soll, ist bislang öffentlich nicht bekannt. Die technischen und gesetzlichen Erfordernisse erfüllt der Cuxhavener Hafen. Dass sich Cuxport dennoch gegen den Umschlag ausgesprochen habe, wertete die Sprecherin Elke Roskosch-Buntemeyer von den Grünen als Erfolg der sehr früh laut gewordenen Bürgerproteste in Cuxhaven. Nach Bekanntwerden der Planungen hatte die Initiative Informationen über die Stadt und die politischen Vertreter im Landtag eingefordert und die Informationspolitik scharf kritisiert.

Stabbert betonte ausdrücklich, dass er vor einem entsprechenden Artikel in den Cuxhavener Nachrichten von dem geplanten Transport über Cuxhaven nichts gewusst

habe. Eine Anfrage an das Bundesamt für Strahlenschutz sei vier Wochen lang unbeantwortet geblieben, so Stabbert.

Der Referent bestätigte, dass Zeit und Ort vom Umschlag atomarer Güter aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben werden, auch nicht gegenüber betroffenen Kommunen.

Zahlreiche genehmigte Atomtransporte

Das Bundesamt für Strahlenschutz habe derzeit 105 Gesamttransporte genehmigt, davon 50 über See und 22 über Nordseehäfen. Der jeweilige Auftraggeber müsse umfangreiche Sicherheitskriterien erfüllen, deren Einhaltung insbesondere vom Gewerbe-

aufsichtsamt überwacht werde. Die Sicherheitsstandards bezögen sich in erster Linie auf die verwendeten Transportbehälter.

Erst 48 Stunden vor dem Transport würde eine Meldekette in Gang gesetzt, die die Lagezentren des Innenministeriums von Bund und Ländern sowie die Polizeidienststellen, das Landesumweltministerium und die Gewerbeaufsichtsämter informierten.

Einige waren sich die Zuhörer darunter auch Grünen-Landtagsabgeordneter Klein und Grünen-Fraktionsvorsitzender Johe darin, dass am Ausstieg aus der Atomenergie festgehalten werden müsse, weil die Frage der Endlagerung nicht gelöst sei. Gleichzeitig dürfe bei Transporten nicht das St. Florians-Prinzip gelten.